Wege aus der Krise

Freunde in der Not

Von Joachim Jahnke

Es ist die Stunde der Böcke, die zu Gärtnern werden. Ausgerechnet sie sollen nun Vorschläge für die Reform der Finanzmärkte machen, sie, die die Krise geschürt haben, unkritisch blauäugig waren oder in den Hochburgen der Spekulation selbst am lukrativen Spiel beteiligt waren. Die von der Bundeskanzlerin eingesetzte Reformkommission ist fest in neoliberalen Händen. Ursprünglich sollte sie der Ex-Bundesbank-Chef Tietmeyer leiten. Der sagt auf seiner eigenen Webseite ganz ohne falsche Bescheidenheit, er habe jahrzehntelang die Wirtschafts- und Währungspolitik der Bundesrepublik maßgeblich mitgeprägt. Beim Weltwirtschaftsforum 1996 in Davos erklärte er vor 2000 Spitzenvertretern aus Wirtschaft, Politik und Forschung: „Ich habe bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden." Tietmeyer ist inzwischen Mitglied im Board der Depfa-Bank, Dublin, die die Hypo Real Estate an den Tropf öffentlicher Mittel gebracht hat, Mitglied in Aufsichts- und Beiräten von Hypo Real Estate Holding, DWS-Investment GmbH, BDO-Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hauck & Aufhäuser Privatbankiers (als Aufsichtsratsvorsitzender), Lazard, Fitch Ratings und Moody's Investor Service sowie in den Kuratorien von Ifo-Institut, Konrad-Adenauer-Stiftung, Ludwig-Erhard-Stiftung und Friedrich-von-Hayek-Stiftung. Nicht zuletzt ist Tietmeyer Vorsitzender des Fördervereins der neoliberalen Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Merkel: „Er verfügt über sehr viel Erfahrung." Doch nachdem die Aufsichtsratstätigkeit bei der Pleitebank Hypo Real Estate bekannt wurde, legte sich die SPD quer, und Merkel musste ihn fallen lassen.

Der Tietmeyer-Ersatzmann ist nun der frühere Chefvolkswirt der Bundesbank Otmar Issing. Der bekleidet einen Beraterjob bei Goldman Sachs, hat aber mit Bankenkontrolle in der Vergangenheit nicht viel Erfahrung sammeln können. Sei's drum, dafür verspricht er die richtige Gesinnung. Weiter gehört der Reformkommission Klaus Regling an, der als früherer EU-Generaldirektor für Wirtschaft und Währung Deutschland mitten in der Konjunktur-Flaute 2002 bis 2004 einen strikten Sparkurs verordnete und früher beim Hedgefonds Moore Capital Strategy Group tätig war. Schließlich war Jörg Asmussen unvermeidbar. Er hat die Verbriefung viel zu riskanter Papiere wie kein anderer in Deutschland jahrelang gefördert. Mehr Böcke hat man in Deutschland offensichtlich für diese Aufgabe bisher nicht gefunden. Aber das kommt noch.

An Asmussen lässt sich belegen, wie auch die Bundesregierung selbst die Krise fahrlässig herbeigeführt hat, an deren Aufarbeitung gerade er – vor wenigen Wochen, der Dank des Vaterlandes, zum Staatssekretär befördert – nun beteiligt wird. Dafür zwei Zitate aus seinen Schriften, als er noch Leiter der Abteilung Geld und Kredit im Bundesfinanzministerium war: „Das BMF verändert – soweit erforderlich und machbar – die Rahmenbedingungen für den deutschen Verbriefungsmarkt Stück für Stück" und „Seitens des BMF wird im Umsetzungsprozess der Basel-II-Regeln für ABS vor allem auch darauf geachtet werden, dass den Instituten keine unnötigen Prüf- und Dokumentationspflichten entstehen werden, wenn sie in ‚gängige' ABS-Produkte mit gutem Rating investieren". ABS, Asset Backed Securities, das sind die Papiere, an denen viele Banken ohne staatliche Hilfen jetzt ersticken. Die Rating-Agenturen sollten also die interne Prüfung durch die Banken und die Bankenaufsicht ersetzen. Asmussen saß übrigens auch im Aufsichtsrat der IKB, die jetzt mit einem zweistelligen Millionenbetrag des Steuerzahlers vor den Folgen des Verbriefungsgeschäfts gerettet werden musste.

Wie sehr auch die Bundesregierung die Krise herbeigeführt hat, lässt sich auch anders dokumentieren. 2005 ermahnte die CDU/CSU mit den Unterschriften von Merkel und Glos ungeduldig die damalige Regierung Schröder: „Die Etablierung eines effizienten True-Sale-Verbriefungsmarktes wäre ein weiterer Schritt zur Fortentwicklung des Finanzplatzes Deutschland

Schon wieder Planktonsuppe.
Dr. Senkborn beschlich das Gefühl,
in der Nahrungskette empfindlich
abgerutscht zu sein.

und zur Verbesserung der Finanzierungssituation der mittelständischen Wirtschaft." Antwort der Bundesregierung: „Die Stärkung des deutschen Verbriefungsmarktes und insbesondere von True-Sale-Verbriefungen ist eines der von der Bundesregierung mit besonderer Priorität verfolgten finanzmarktpolitischen Ziele. Zur Förderung des deutschen Verbriefungsmarktes hat die Bundesregierung bereits eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Um es Kreditinstituten zu erleichtern, Kreditforderungen zu verbriefen, wurden Zweckgesellschaften, die von Kreditinstituten Kreditforderungen übernehmen und verbriefen, gewerbesteuerrechtlich den Banken gleichgestellt."

Die Zweckgesellschaften sind die berüchtigten Einheiten, in die Banken, wie die IKB oder einige Landesbanken, die hochriskanten Papiere an der Bankenaufsicht vorbei ausgelagert haben.

Nicht überraschend kam es dann im Koalitionsvertrag der Großen Koalition zum Schwur. Dort liest sich in Kapitel 3 („Finanzmarktpolitik") im Lichte der heutigen Krise und der Dollar-, Pfund- und Euro-Blutungen der Steuerzahler um den Globus herum einfach Unglaubliches: „Eine der wichtigsten Voraussetzungen für Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum ist ein international wettbewerbsfähiger „Finanzplatz Deutschland". Dazu wollen wir: Überflüssige Regulierungen abbauen. Dazu werden wir eine interministerielle Arbeitsgruppe einrichten, die im Dialog mit Marktteilnehmern ein „Möglichkeitspapier" zum Bürokratieabbau im Finanzsektor vorlegen soll. Dabei ist vor jeder neuen gesetzgeberischen Maßnahme durch eine Kosten-Nutzen-Analyse zu prüfen, ob durch die neue Maßnahme ein Mehrwert geschaffen werden kann oder ob der Markt es besser selber regeln oder die Subsidiarität greifen kann. Produktinnovationen und neue Vertriebswege müssen nachdrücklich unterstützt werden. Dazu wollen wir die Rahmenbedingungen für neue Anlageklassen in Deutschland schaffen." Hierzu gehöre, so wörtlich, „der Ausbau des Verbriefungsmarktes".

Erst jetzt gibt es viele Fragen zur Bankenaufsicht und der damit verbundenen Rolle der Bundesregierung. Da fragt etwa die *Süddeutsche Zeitung*, zu Recht: „Wer hat eigentlich und warum die sogenannten Zweckgesellschaften genehmigt, mit denen die Banken, am Abkommen Basel II vorbei, ihre dubiosen Geschäfte gemacht haben?"

Die spanische Regulierungsbehörde allerdings hat die Gründung solcher Zweckgesellschaften nicht genehmigt. Seit der Bankenkrise in den 80er Jahren achtet sie darauf, dass alle Kredite und Geldgeschäfte in den Bilanzen nachzuvollziehen sind. Dies gilt auch für die fragwürdigen Investments, die zur globalen Krise mit den Risikohypotheken aus den USA und schließlich zur Finanzkatastrophe geführt haben.

Die Bundesregierung bemüht stattdessen angeblich „strenge" Auflagen für deutsche Banken und ihre internationalen Bemühungen beim Heiligendamm-Gipfel um bessere Kontrollen. Aber erstens waren die angeblich strengen Auflagen offensichtlich alles andere als streng, trotz der seit langer Zeit von vielen Seiten, z.B. der Bank der Zentralbanken BIZ in Bern, wiederholten Warnungen vor der bald platzenden Kreditblase. Zweitens lag beim Heiligendamm-Gipfel im Juni vergangenen Jahres das Kind schon tief im Brunnen einer zwei Monate später aufbrechenden Krise. Und drittens hatte sich die Bundesregierung in Heiligendamm vor allem auf die Hedgef-Fonds eingeschossen, die jedoch nur ein kleiner Teil des Problems sind.

Die neue Reformkommission zeigt noch ein weiteres Grundübel deutscher Politik: den blinden Glauben an Experten von außerhalb. Während man den eigenen Sachverstand der Ministerien, nicht zuletzt durch eine seit vielen Jahren eingefrorene Besoldung, heruntergefahren hat, greift die Bundesregierung immer hemmungsloser auf externen Sachverstand zurück. Dazu gehören nach einer Prüfung durch den Bundesrechnungshof die rund 300 Vertreter von Unternehmen und Verbänden, die allein in den Jahren 2004 bis 2006 in Bundesministerien gearbeitet haben und überwiegend von der Privatwirtschaft weiterbezahlt wurden. Weiter gibt es eine große Zahl an angeblich unabhängigen Forschungsinstituten, die die Bundesregierung auf Kosten des Steuerzahlers beraten. Das Bundeswirtschaftsministerium fördert z.B. sechs dieser Institute je zur Hälfte mit den Sitzbundesländern. Zusammen sind das pro Jahr 83 Millionen Euro an Steuergeldern. So wird beispielsweise das ziemlich neoliberale Ifo-Institut in München unter Professor Sinn zu zwei Dritteln aus Steuerzahlergeld finanziert. Da kann sich die Bundesregierung lang auf angeblichen Sachverstand berufen; aber der ist finanziell abhängig von ihr und wird ihr im Zweifel nicht widersprechen.